

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonat-Anzeigenliste im 1. und 2. Halbjahr 1924 beträgt 25, für die 50 mm breite Colonat-Anzeigenliste 40, auswärts 100, für die 90 mm breite Colonat-Anzeigenliste 65, auswärts 120.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12220.
Fernschreib-Adresse: 1. u. Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. k. d. l. Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag E. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 51, Böhmisch Neudorf 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 8617, Johanngeorgenstadt 8618, Volksfreund-Vertriebsstelle, Aue, Erzgeb.

Wichtigste Nachrichten für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis zum 1. April 1924 in den Hauptausgaben. Eine Sonderausgabe für die Arbeiterparteien am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmten Tagen wird nicht gegeben, auch nicht für die Mitglieder der durch Verlegerer aufgegebenen Tagesblätter. — Für den 1. April 1924, unerschwinglich eingetragene Sonderausgabe der Arbeiterparteien keine Sonderausgabe. — Unterbrechungen des Geschäftsverkehrs begründen keine Ansprüche. Bei Sonn- und Feiertagen und Feiertagen gelten die Preise als nicht vereinbart.
Sonderausgaben: Aue, Böhmisch Neudorf, Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg.

Nr. 95.

Mittwoch, den 23. April 1924.

77. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Die Zollstraße Aue—Niederflehmen—Stein wird hiermit bis zur vollständigen Fertigstellung für allen Verkehr mit Kraftfahrzeugen gesperrt. Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 19. April 1924.
Auf Blatt 170 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Gerber u. Müller in Böhmisch Neudorf, ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Kaufmanns Hans Georg Reich Müller in Böhmisch Neudorf.
Amtsgericht Böhmisch Neudorf, am 15. April 1924.

Bekanntmachung.

Aue. Gaspreiserhöhung.
Der Gaspreis ist für den Aprilverbrauch auf 22 Pfg. für 1 cbm angehoben worden.
Aue, den 22. April 1924.
Direktion des Städtischen Gaswerkes.

Politik der Oberflächlichkeit.

Die bedingungslose Annahme der Sachverständigenurteile bedeutet eine Verletzung der Verfassung. Diese Ansicht haben sowohl die Vertreter der Rechtsparteien als auch der zurückgetretene Reichsjustizminister Eiminger dem Reichsfanzler Marx zum Ausdruck gebracht und ihn zugleich darauf hingewiesen, daß dem Kabinett die Gefahr einer Inanspruchnahme drohe, wenn die Wahlen die Macht in die Hand der Rechten bringen würden. Daraufhin soll nun das Reichskabinett es mit der Angst zu tun bekommen und nach einer bisher unbefähigten Meldung beschließen haben, die endgültige Zustimmung zu den durch die Gutachten entstehenden neuen finanziellen Belastungen dem neuen Reichstag vorzubehalten. Nun kann man eine Sache nicht bedingungslos annehmen und zugleich Vorbehalte machen. Allerdings ist bei der Regierung Marx alles möglich. Deshalb hat sie ja auch das enorme Vertrauen im Volke.

Herr Marx hat das Bedürfnis, die Annahme der Gutachten zu rechtfertigen. Er hat dies am Ostermontagabend einem Journalisten gegenüber ausführlich versucht. Entscheidend sei die Rücksicht auf das besetzte Gebiet gewesen, das wiederholt er immer wieder. Wir kennen dieses Liebes. Der Pakt von Versailles wurde unterschrieben aus Rücksicht auf die Kriegsgefangenen und das Rheinland, der Ruhrkampf wurde abgebrochen aus Rücksicht auf die Ruhrgefangenen und das besetzte Gebiet. In beiden Fällen hatte man sich verrechnet, die Kriegsgefangenen in Frankreichs Händen mußten noch monatelang schmachten, die Zahl der Ruhrgefangenen und -ausgewiesenen vergrößert sich von Tag zu Tag. Poincaré erklärte gerade jetzt wieder, daß an eine Aufgabe des Ruhrpandes nicht zu denken sei. Herr Marx dagegen beruft sich auf die „wiederholten Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes keinen anderen Zweck habe, als die Arbeiten der Ingenieurkommission zu sichern“. Er ist wohl der einzige Mensch auf Gottes Erdboden, der dem großen Wortbrecher in Paris noch glaubt. Ob der Kanzler gar kein Gefühl dafür hat, daß die Ruhrbesetzung ein Gewaltakt ohne irgendwelche Rechtsgrundlage ist, und daß seine Erklärungen das Unrecht gewissermaßen (antagonisieren)? Wie hätten es gerne gehört, wenn Hr. Marx gerade jetzt von aller Welt das Zeugnis abgelegt hätte, daß die Geschichte keine schamlosere Vergeßlichkeit eines wehrlosen Volkes kennt, als das Ruhrverbrechen. Der Begriff des „produktiven Pfandes“ sei durch den Sachverständigenbericht in Wegfall gekommen, so meint der Kanzler weiter. Er scheint ganz vergessen zu haben, daß in Paris ein Mann sitzt, der sich den Teufel um die Auslegung der Gutachten kümmert und der nur einen Gedanken hat (und die Macht, ihn durchzusetzen): Deutschland muß zerstört werden!

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther, der sich zu gleicher Zeit wie der Kanzler — und zwar von einem amerikanischen Zeitungsmenschen — ausfragen ließ, sieht die Dinge freilich anders. Er scheint nicht ohne weiteres daran zu glauben, daß Poincaré auf seine militärische Macht verzichtet und meint in diesem Zusammenhang: „Wenn die politische Gewaltanwendung nicht gleichzeitig ausgeräumt wird, so kann ich mir nicht vorstellen, daß die große, im Dawes-Bericht niedergelegte Arbeit den beabsichtigten Segen für Europa und die Weltwirtschaft bringt.“ Aber auch Dr. Luther vermeidet es, darauf hinzuweisen, daß die Durchführung der Gutachten einfach unmöglich ist. Er begehrt zugleich den Fehler, sich auf fremde Hilfe zu verlassen, indem er sagt: „Das amerikanische Volk wird der Weltwirtschaft und dem Weltfrieden den allergrößten Dienst erweisen, wenn es dafür sorgt, daß auch die politischen Fragen in dem sachlichen Geist gelöst werden, der den Dawes-Bericht erfüllt.“ Das amerikanische Volk denkt gar nicht daran, uns beizuspringen. Diese Vinsenwahrheit müßte eigentlich auch dem Reichsfinanzminister aufgegangen sein.

Es ist beschämend für unsere oberflächlichen Regierungsmänner, wenn nun ihnen das Urteil eines ausländischen Mannes der Wirtschaft entgegengesetzt wird. Der bekannte schwedische Professor Cassel fällt über die ökonomischen Grundlagen des Gutachtens ein sehr scharfes Urteil. Er spricht von einer „oberflächlichen Methode“, mit der die Sachverständigen die Zukunft Deutschlands eingeschätzt hätten, wo die schweren Schäden, die Deutschland durch die Ausfagung in seiner Arbeitskraft und seinem allgemeinen geistigen und körperlichen Zustand erlitten hat, überhaupt nicht erwähnt, geschweige denn abgemessen werden. Die Beurteilung von Deutschlands Wiederherstellungsaussichten, ist unerlaubt opti-

mitisch und leichtfertig: „Man weiß nicht, was man tut, wenn man von einem Volke und einem Lande in diesem Zustande so drückende Schadenersatzansprüche verlangt.“ Eine Besserung der politischen Lage“, so urteilt Cassel des Weiteren, „die nach Ansicht der Sachverständigen die Kapitalisten der Welt für die deutsche Anleihe günstig stimmen soll, ist nicht durch einfache Annahme des Gutachtens zu haben, weil dies Poincarés Politik allzuvielen Möglichkeiten lassen würde, auf das militärische Gewaltregime zurückzukommen. Die einzige Möglichkeit, dieser Gefahr zu begegnen, hätte in der Aufhebung der vertragswidrigen Ruhrbesetzung gelegen. Solange ein ungesetzlicher Zustand besteht, der streng genommen als eine Kriegshandlung zu betrachten ist, darf man jedenfalls nicht verlangen, daß die Kapitalisten der Welt das neue Programm mit einigem Vertrauen aufnehmen, welches sich in baren Vorschüssen ausdrückt.“

In Deutschland selbst hat Dr. Helfferich das Verdienst, sich klar über das Dawes-Gutachten geäußert zu haben. Er führt in der „Deutschen Tagesztg.“ an einzelnen Beispielen zunächst aus, daß der von der Reichsregierung der deutschen Presse übergebene Auszug aus dem Gutachten tendenziös entstellt ist, um dem deutschen Volke die Augen zu verschließen vor der grausamen Wahrheit. Was die materielle Belastung anlangt, so kommt Helfferich zu dem Schluß, daß sie „immer noch geradezu unjännig weit über alles das hinausgeht, was Deutschland selbst im günstigsten Falle wird leisten können“. Zum Beweise dessen erinnert Helfferich daran, daß das amerikanische „Institute of Economics“ die Leistungsfähigkeit des unerschöpflichen und ungeschwächten Deutschlands aus der Zeit vor dem Kriege auf 400 Millionen Goldmark berechnet und daß England die Jahresleistung von 700 Millionen Goldmark, die ihm seine Schuld an Amerika auferlegt, als außerordentlich drückend empfand. Helfferich hält die Jahresleistung von 2500 Millionen Goldmark seitens Deutschlands für unmöglich und kommt zu dem Schluß, daß wir heute bereits mit der Rechtswirkung der für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Sanktionen rechnen müssen.

Helfferich bespricht dann die Beschränkungen der wirtschaftlichen Selbstbestimmung Deutschlands und seiner staatlichen Souveränität: Nach der im Gutachten vorgesehenen Regelung der Reichseisenbahnverwaltung bleibt als ausschlaggebende Instanz für diese Verwaltung der international zusammengesetzte Verwaltungsrat, vor allem aber der „Kommissar“, der vom Verwaltungsrat — unter Ausschluß dessen deutscher Mitglieder — ernannt wird. In dem Augenblick, wo der deutsche Eisenbahnverwaltungsvertrag, tritt dieser „Kommissar“ an Stelle des deutschen Generaldirektors, Deutschland kann aber die Zinsen aus der Reichseisenbahn-A.G. unmöglich aufbringen: es handelt sich da um 650 Millionen Goldmark, also mehr als der gesamte Nettoertrag der deutschen Eisenbahnen in den bestesten Vorkriegsjahren. Helfferich sieht auf dem Standpunkt, daß in kürzester Zeit die gesamte Reichsbahn unter der französisch-belgischen Regie steht, wodurch naturgemäß das gesamte deutsche Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen muß.

Noch vernichtender ist Helfferichs Kritik an den Bestimmungen des Gutachtens über das Währungs- und Kreditwesen. Die Einrichtung der internationalen Goldnotenbank bedeutet die Opferung der Reichsbank und der Rentenbank. Die deutschen Verwaltungsgremien dieser Bank sind dem internationalen Generalrat und einem von dessen ausländischen Mitgliedern gewählten Kommissar unterstellt, der unumschränkte Vollmacht in allen Fragen bezüglich der Höhe der Notenausgabe und deren Deckung besitzt. Dieser Kommissar ist damit oberste Instanz für die deutsche Geld- und Kreditpolitik. Alle Bestimmungen des Gutachtens über das deutsche Währungs- und Kreditwesen sind nach Helfferich die „Organisation der Ueberführung der deutschen Wirtschaft in die Hände der Reparationsgläubiger“.

Bezüglich der Okkupation und der Sanktionen kommt Helfferich zu dem Schluß: „Was unter den Dajonnetten Poincarés die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reichs“ bedeutet, bedarf für Leute, die den Verstand noch nicht verloren haben, keiner Ausmalung. Das Gutachten macht nicht nur die rechtswidrige Okkupation nicht rückgängig, sondern es schafft für diese Politik der rohen Gewalt eine Rechtsgrundlage. Fünf Jahre hat das deutsche Volk gefastet; unter der Unterschrift des Verfallener Diktators, heute wird wieder von ihm die Uebernahme unerfüllbarer Forderungen verlangt, es gibt keine Rettung für das deutsche Volk, wenn es heute wieder diesen Fluch auf sich nimmt.“

In der gleichen Nummer der „Deutschen Tagesztg.“ kommt der Deutsche Reichsland und zu dem Ergebnis, daß „keine deutsche Regierung aus freien Stücken ihre Zustimmung zu Abmachungen erteilen kann, die über die dem deutschen Volke durch feindliche Gewalt bisher abgepreßten Zustände von Versailles und London weit hinausgehen.“

Im ganzen kann man dem Verlegenheitskanzler und mit ihm dem heutigen Reichskabinett den Vorwurf der Oberflächlichkeit nicht ersparen. Die Reichspolitik wird, dieser Verdacht bestärkt sich immer mehr, selbst wenn es sich um die lebenswichtigsten Interessen des Volkes handelt, nach Partei- und Wahlrücksichten gemacht. Das ist ein unerträgliches Zustand, von dem schließlich einzig und allein unsere Feinde den Vorteil haben. Es wird die höchste Zeit, daß die Neuwahlen zum Reichstag hier eine Wandlung zum Besseren schaffen.

Macdonald zur Reparationsfrage.

London, 20. April. Macdonald erklärte in einer Rede auf der Zusammenkunft der Unabhängigen Arbeiterpartei in York zur Reparationsfrage: Er sei froh, zu sehen, daß das ganze Land hinter ihm stehe in der Ansicht, daß der Sachverständigenbericht als Ganzes angenommen werden müßte. Der Bericht enthalte Dinge, die er schätze, und Dinge, die er nicht gern habe, aber wenn er diese oder jene Einzelheiten aufzuwerfen beginnen würde, so würden Frankreich, Belgien und Deutschland das selbe tun, und man würde sich in genau derselben Lage befinden und genau wieder da sein, wo man angefangen habe. Hier ist, sagte Macdonald, Europa Gelegenheit — ergreife sie sofort und vollständig, und macht weiter und nehmt das Werk und bringt Frieden und Sicherheit für den Kontinent. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde die Organisation vollenden, auf der ich gern den künftigen Frieden Europas gründen will. Wir sehen im übrigen den Aufstieg eines extremen Nationalismus in Deutschland als eine sehr große Drohung an und als gefährlich für Europa und beklagenswert auch für Deutschland, aber die Politik der Alliierten trägt zum großen Teil die Verantwortung für diesen Aufstieg des deutschen Nationalismus. Macdonald drang endlich darauf, Deutschlands Wort anzunehmen.

London, 21. April. Die Stelle in Macdonalds Rede in York, in der er darüber sprach, daß man Deutschland Vertrauen entgegenbringen müsse, hat folgenden Wortlaut: Wenn wir aufhören, als Kerkermeister zu handeln, dann können die von Deutschland gegebenen Bürgschaften angenommen werden. Wir müssen zu Deutschland sagen: Wenn Ihr erklärt, daß Ihr diese Berichte annehmen werdet, so werden wir Euch bei Euren Worten nehmen. Wir haben keinerlei Vorbereitungen getroffen, um irgendeinem Verzug auf Eurer Seite zu begegnen. Wenn Ihr nach dieser feierlichen Verpflichtung in Verzug geratet, dann werden wir und unsere Alliierten einander näher stehen als je und uns werden auf die Ergebnisse warten. Aber wir vertrauen Euch.

Paris, 21. April. „Temps“ berichtet, daß die französische Regierung auf die Mitteilung der Reparationskommission, in der die Beschlüsse vom letzten Donnerstag mitgeteilt wurden, bereits geantwortet habe. Ihre Meinung über den Bericht der Sachverständigen weiche nicht von der Meinung der englischen Regierung ab. Sie erwarte jetzt, daß die Reparationskommission die Entscheidungen treffe, die ihr zukommen, um einen endgültigen Plan auszuarbeiten. Wenn die Reparationskommission jetzt in den Grenzen ihrer Befugnisse Beschlüsse fasse, könne die französische Regierung die Maßnahmen bestimmen, die sie ihrerseits zu ergreifen habe. Das Wort habe also die Reparationskommission. Sie allein sei qualifiziert, im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Werk vorzubereiten, das sie angekündigt habe. Sie allein könne den Beschlüssen der Sachverständigen Gewicht geben, nachdem sie die vorbereitende Arbeit durchgeführt habe.

Paris, 20. April. Zur Rede Macdonalds in York schreibt „Echo National“, das britische Kabinett wolle in der Reparationsfrage Frankreich offenbar in eine Prozedur verwickeln, damit es in möglichst kurzer Frist die wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebietes aufhebe. Am Dienstag habe Macdonald im Unterhause das Stichwort ausgegeben: Annahme der Entschlüsse der Sachverständigen ein bloß und sofortige Ausführung. In York habe er gestern den gleichen Gedanken entwickelt. Man dürfe aber Macdonald, der eine erste Mitteilung des französischen Botschafters über eventuelle Sanktionen nicht günstig aufgenommen zu haben scheint, nicht im Zweifel lassen über die Art, in der die Rechte Frankreichs verteidigt werden würden. — „Temps“ erklärt, Macdonalds Rede in York rechtfertige das Verbleiben der französischen Truppen im Ruhrgebiet nicht als Werkzeug wirtschaftlicher Ausbeutung, sondern, wie Poincaré es auseinandergesetzt habe, als eventuelles Zwangsmittel. Wenn die englische Regierung es vorziehe, sich jeder vorherigen Abmachung über die Sanktionen zu enthalten, so sei es einigermassen natürlich, daß die französische Regierung die von ihr getroffenen Maßregeln beibehalte. — Daß die französische Regierung keineswegs gewillt ist, ihre Sanktionsforderung zurückzustellen, erklärt der in letzter Zeit häufig offiziöse „Matin“. Er schreibt ferner: Wenn man in England nicht der Tatsache Rechnung trage, daß Frankreich Pfänder besitze und sie nur für gleichwertige für die Gesamtheit der Alliierten gestellte aus der Hand geben werde, so drohe die bemerkenswerte Leistung der Sachverständigen in eine Sackgasse zu führen.

Berlin, 19. April. Durch die Vermittlung des englischen Botschafters in Paris, Lord Crewe, hat Poincaré der britischen Regierung seine Absicht mitgeteilt, die Ruhrpfänder für Frankreich während einer Uebergangszeit von etwa zwei Jahren aufrecht zu erhalten. Sollte sich inzwischen der gute Wille Deutschlands erwiesen haben, dann würden die Ruhrpfänder mit den von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pfändern verschmolzen werden.

Paris, 20. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einem Berichterstatter des „Excelsior“ u. a. erklärt, die Arbeit der Sachverständigen sei aufgebaut auf finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen von unantastbarer Folgerichtigkeit. Es scheint ihm jedoch, daß bei den Alliierten